



Aus dem Magazin:

Licht und Schatten in Glaubensfragen

Islamistischer Terror, warme Worte des Papstes und ein Queer-Seelsorger

Seite 10

Ringen um den Rechtsstaat geht weiter

Die EU versucht, einen Webfehler zu beheben und mit Polen und Ungarn zu dealen

Seite 11

Selbstbestimmung ja, aber nicht so

Till Randolph Amelung kommentiert die Debatte zum Selbstbestimmungsgesetz

Seite 12 bis 13

...und vieles mehr.

Erinnern wir richtig?

Auch Homosexuelle waren Opfer der Nazis.

Was heißt das für unsere Erinnerungskultur?

Seite 4 bis 9



Der November ist traditionell der Monat des Erinnerns. Das beginnt schon mit den kirchlichen Gedenktagen Allerheiligen und Allerseelen gleich am ersten beziehungsweise zweiten Tag eines jeden Novembers. Im Vereinigten Königreich gedenkt man am ersten Sonntag des Monats, dem „Remembrance Day“, vor allem der Gefallenen der Weltkriege. Wir erinnern uns am 9. November an die für uns Deutsche wechselvolle Geschichte dieses Tages, der aber mehr als alles andere unter dem Schatten der „Reichspogromnacht“ von 1938 steht. Es folgt die „stille Woche“ zwischen Volkstrauertag und Ewigkeitssonntag, in deren Mitte auch noch der Buß- und Bettag liegt. Es geht also vor der strahlenden Adventszeit noch einmal ans Eingemachte, um es salopp zu formulieren und das ist auch gut so.

„Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart“, so hat es Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 8. Mai 1985 auf den Punkt gebracht. Wir halten uns daher auch viel auf unsere Erinnerungskultur zugute und werden weltweit dafür geachtet, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen. Dennoch stellt sich die Frage, ob die ritualisierte Erinnerung nicht auch Gefahren mit sich bringt. Die der Abstumpfung zum Beispiel. Nehmen wir die Vergangenheit noch als unsere Verantwortung an? Was haben vor allem der jungen Generation die Erinnerungstage vor dem Hintergrund immer weiter schwindender Zeitzegen noch zu sagen? Oder jene, dass der Blick aus der Vergangenheit den Fokus auf die heute Lebenden verengt. Sehen wir bestimmte Bevölkerungsgruppen immernoch und immer nur durch die Opferbrille? Verstellt uns dies die Sicht auf die vielen Erfolgsgeschichten, die es nach 1945 eben auch zu erzählen gibt? Wer möchte schon stets als Opfer wahrgenommen werden? Fragen, denen wir uns in dieser Ausgabe annähern wollen.

Wir werfen hierzu einen Blick auf den Stand der Debatte um die Erinnerung an die homosexuellen NS-Opfer im Deutschen Bundestag (Seite 4). Unsere Freunde von Keshet Deutschland beleuchten in einem Gastbeitrag die Frage, ob unser Erinnern nicht eher einem Verdrängen gleichkommt und wie eine zeitgemäße Erinnerungskultur aussehen könnte (ab Seite 6). Und wir wollen die heutigen LSBTI ermutigen, aus dem langen Schatten der Vergangenheit zu treten und mit Stolz auf das heute Mögliche und das erreichte zu blicken (Seite 9).

Daneben gibt es wie immer Neuigkeiten aus Stadt, Land, Bund und einmal mehr aus Europa. Ich wünsche Euch eine anregende Lektüre.



Ich wünsche Euch eine anregende Lektüre

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: Team Wulf

Wulf strebt in den Bundestag Bewerbung in Hameln-Pyrmont/Holzminden

Mareike Lotte Wulf, CDU-Fraktionsvize in Niedersachsen und Ehrenmitglied der LSU, möchte 2021 in den Bundestag wechseln. Sie bewirbt sich für die Kandidatur im Wahlkreis Hameln-Pyrmont/Holzminden. Im Fraktionsvorstand ist sie seit ihrer Wahl 2017 für die Bereiche Wirtschaft und Kultus zuständig und setzte sich für uns beim Kultusminister dafür ein, dass das Aufklärungsprojekt Schlau eine höhere Förderung erhielt. 🌐



Foto: BMG

Spahn korrigiert Merz „Schwulsein ist kein Lebensentwurf“

Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** korrigiert Aussagen von Friedrich Merz zur Homosexualität. Spahn stellt klar: „Schwulsein ist kein Lebensentwurf“ – man stehe nicht morgens auf und überlege sich, jetzt schwul zu sein. Er reagiert damit auf Merz' Rettungsversuch in einem Interview, in dem der Bewerber um den CDU-Vorsitz sagte: „Das ist Privatangelegenheit. In einer liberalen Gesellschaft gibt es unterschiedliche Lebensentwürfe.“ 🌐



Foto: privat

Demo im Emsland

Pascal Albers setzt sich für LSBTI-Rechte ein

Ende Oktober fand in Papenburg eine Demo für LSBTI-Rechte statt, organisiert von SVeN und Amnesty International. Für die CDU sprach der Fraktionsvorsitzende und Bürgermeisterkandidat **Pascal Albers**. Er thematisierte die Entwicklungen in Polen und Ungarn, wo LSBTI-Rechte von der Regierung massiv beschränkt werden und sagte: „Liebe ist kein Verbrechen – nirgendwo in der Welt, nicht in Europa und auch nicht in unserem Papenburg!“ 🌐



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Vorwurf: Totgeschwiegen

Muss unsere Erinnerungskultur diverser werden?

Wird in Deutschland nicht in ausreichendem Maße der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus gedacht? Der deutsch-niederländische Historiker Lutz van Dijk vertritt die Position, dass es hier ein Defizit gibt, und fordert, das künftig zu ändern. Gemeinsam mit zahlreichen Unterstützern, darunter auch der LSU-Bundesverband, richtete van Dijk eine Petition an das Präsidium des Deutschen Bundestags und bat darum, im Rahmen der Gedenkstunde am 27. Januar auch einmal explizit der Opfergruppe der Homosexuellen zu gedenken.

Seit 1996 findet diese Gedenkstunde anlässlich des Tages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Bundestag statt. Verschiedene Gastredner sprachen dort bereits – teilweise auch für bestimmte Opfergruppen jenseits der ermordeten Juden. So vertrat etwa 2011 Zioni Weisz die Sinti und Roma, 2016 wurden die Zwangsarbeiter thematisiert, 2017 rückte man das Schicksal der Euthanasie-Opfer in den Mittelpunkt.

Und die Homosexuellen? Fehlanzeige. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble nahm den Vorschlag des Historikers van Dijk zwar in das Verzeichnis eingegangener Vorschläge auf, und beschied dem Antragsteller, dass das Anliegen bei „zukünftigen Abwägungs- und Entscheidungsprozessen einen prominenten Platz einnehmen“ werde. Doch bislang wollte sich das Präsidium, ganz speziell der Präsident des Bundestags noch nicht festlegen.



Die Termine für 2019 und 2020 waren schon geplant – und im Jahr 2021 soll das Thema „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ heißen.

**»Kein Erinnern
zweiter Klasse.«**

Lutz van Dijk

Doch es ist keinesfalls so, dass das Schicksal homosexueller Opfer in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur totgeschwiegen wird. Es dauerte allerdings, bis die Gesellschaft so weit war. Schließlich waren homosexuelle Handlungen auch in der jungen Bundesrepublik und auch in der DDR noch verboten. Erst 1969 wurde der Strafrechtspa-

ragraf 175 entschärft, 1994 erst gänzlich abgeschafft. Im Jahr 2000 verabschiedete der Bundestag einstimmig eine Resolution, die das Unrecht, das Homosexuellen widerfahren ist, als solches benannte und bei den Opfern um Entschuldigung bat. Erst 2017 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das tatsächlich die 175er-Urteile aufhob und den Opfern Entschädigungen zusprach – ein rechtliches Novum.

Zumindest die verbale Anerkennung begann früher. Bereits 1985 benannte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus in seiner berühmten Rede zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung. Auch seine Nachfolger Roman Herzog, Johannes Rau, Horst Köhler und Joachim Gauck sprachen die homosexuellen Opfer in ihren Reden zum 27. Januar an.

Lutz van Dijk reicht das aber nicht. Er bezeichnet diese Form des Erinnerns als eine „pflichtschuldige Aufzählung mit anderen Opfern“ und als eine „Erinnerung zweiter Klasse“. Er fordert,

die Homosexuellen als eigenes Thema einer Gedenkstunde vorzugeben. „Denn nur so können, das haben die Forschungen zum Antisemitismus in Bezug auf jüdische Opfer bewiesen auch differenzierte Lehren für heute gewonnen werden.“

In Deutschland werden heute keine Homosexuellen mehr verfolgt – zweifellos eine Errun-

genenschaft, die immer verteidigt werden muss, falls nötig. Doch in mehr als 70 Ländern dieser Erde sieht das noch anders aus. Es drohen nicht nur Haftstrafen, sondern auch Folter und Mord. Zudem ändert sich das gesellschaftliche Klima derzeit auch in unseren Nachbarländern. Wenn in Polen und Ungarn die Regierungsparteien gegen sexuelle

Minderheiten hetzen, muss dem klar widersprochen werden. Die beiden Themen (Erinnerungskultur und die Hetze gegen Homosexuelle in Polen) verschränken sich derweil auf besondere Weise. Bis heute ist die polnische Regierung nicht bereit, dass im KZ Auschwitz auch der homosexuellen Insassen gedacht wird – nichts vor Ort erinnert an sie. 

Ein anderes Kapitel derselben Geschichte

Während die meisten Gedenkstätten in Deutschland und Österreich heute inzwischen an das Leid homosexueller Opfer erinnern, gibt es dazu im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau noch immer, zumindest öffentlich zugänglich, nichts.

In einem neuen Sammelband wird die Art des Gedenkens (auch an sexuelle Minderheiten) in Auschwitz aus verschiedene Perspektiven beleuchtet. Historiker aus Deutschland und Polen sowie Vertreter verschiedener Opfer-



gruppen äußern sich gegen eine Hierarchie der Opfer und stellen sich gegen die Übernahme der Kategorisierung der Nazis, die mit ihrem perversen System noch innerhalb der Konzentrationslager Ober- und Unterordnungen unter den Insassen konstruierten – Homosexuelle standen dabei stets ganz unten.

Erinnern in Auschwitz auch an sexuelle Minderheiten. Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska, Lutz van Dijk (Hrsg.), Querverlag, Berlin 2020

Gedenken in Niedersachsen: Bergen-Belsen und Wolfenbüttel

Wie wird in Niedersachsen mit der Geschichte der Homosexuellenverfolgung in der Nazi-Zeit aber auch danach umgegangen? Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten hat dazu zwei bemerkenswerte Schriften herausgegeben.

Dr. Thomas Rahe, Stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, und Rainer Hoffschildt vom Verein zur Erforschung der Geschichte der Homosexuellen in Niedersachsen e.V. haben die Geschichten der homosexuellen Insassen des KZ Bergen-Belsen recherchiert.

Homosexuelle im KZ Bergen-Belsen. Thomas Rahe, Rainer Hoffschildt. Gedenkstätte Bergen-Belsen, Herausgegeben von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle 2019

Die Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel setzt sich mit der NS-Vergangenheit des niedersächsischen Justizwesens aber auch mit den Kontinuitäten nach 1945 auseinander. Dazu gehört auch die Verfolgung und Inhaftierung von Homosexuellen.

Maria Bormuth hat die Geschichte des sogenannten Homosexuellen-Paragrafen 175 Strafbuch am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel aufgearbeitet.

„Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt [...], wird mit Gefängnis bestraft.“. Maria Bormuth, Schriften der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. 2. Band, Herausgegeben von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle 2019

Verantwortung braucht kritische Selbstreflexion

Dalia Grinfeld und Monty Ott besprechen Entwicklung deutscher geschichtspolitischer Praxis – ein Gastbeitrag

Wiedergutwertung“, diesen Begriff prägte Eike Geisel. Damit wollte er eine Tendenz deutscher Geschichtspolitik beschreiben, die inzwischen ironisch mit dem Titel „Erinnerungsweltmeister“ beschrieben wird. Entsprechend formulierte Stephan Grigat 2011 Paul Celans Diktum zynisch um: „Die Vergangenheitsbewältigung ist ein Meister aus Deutschland.“ Die Kritik richtet sich dagegen, dass sich nicht kritisch und ehrlich mit der Vergangenheit dieses Landes auseinandergesetzt wird, sondern die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unter dem Begriff „Aufarbeitung“ in Dienst genommen wurde. Sie wurde in Dienst genommen, um das tatsächlich Geschehene abzuwehren. „Aufarbeitung der Vergangenheit“, so heißt es schon 1959 bei Adorno, meint eben keine ernsthafte Auseinandersetzung, sondern „einen Schlusstrich darunter [zu] ziehen“. Diese These steht der populären Selbstbetrachtung der deutschen Gesellschaft diametral entgegen.

Politiker:innen werden nicht müde, zu betonen, dass Deutschland vorbildhaft seine NS-Vergangenheit bearbeitet habe. Das ist auch nicht ganz falsch. Allerdings gibt es hier einen Bruch, über den dabei hinweg geschwiegen wird. So betont Samuel Salzborn in seinem 2020 erschienen Buch „Kollektive Unschuld“, dass es zwar eine hoch-

professionelle Forschung gibt, die Erkenntnisse über die Zeit der nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur liefert und vermittelt, diese aber von einer „historisch desorientierte[n] und weitgehend faktenresistente[n] deutsche[n] Bevölkerung“ ignoriert werden. Dieser Gegensatz schlägt sich in allen gesellschaft-

Statt dieser Mythen und der Verdrängung benötigt es Reflexion und Verantwortungsübernahme.

lichen Sphären nieder. So haben sich in den vergangenen 75 Jahren seit dem Kriegsende verschiedene Mythen verbreitet, die einer echten Auseinandersetzung im Weg stehen.

Dazu gehört zum Beispiel die Selbstviktimisierung. In der von der Stiftung EVZ im Jahr 2020 zum dritten Mal durchgeführten,

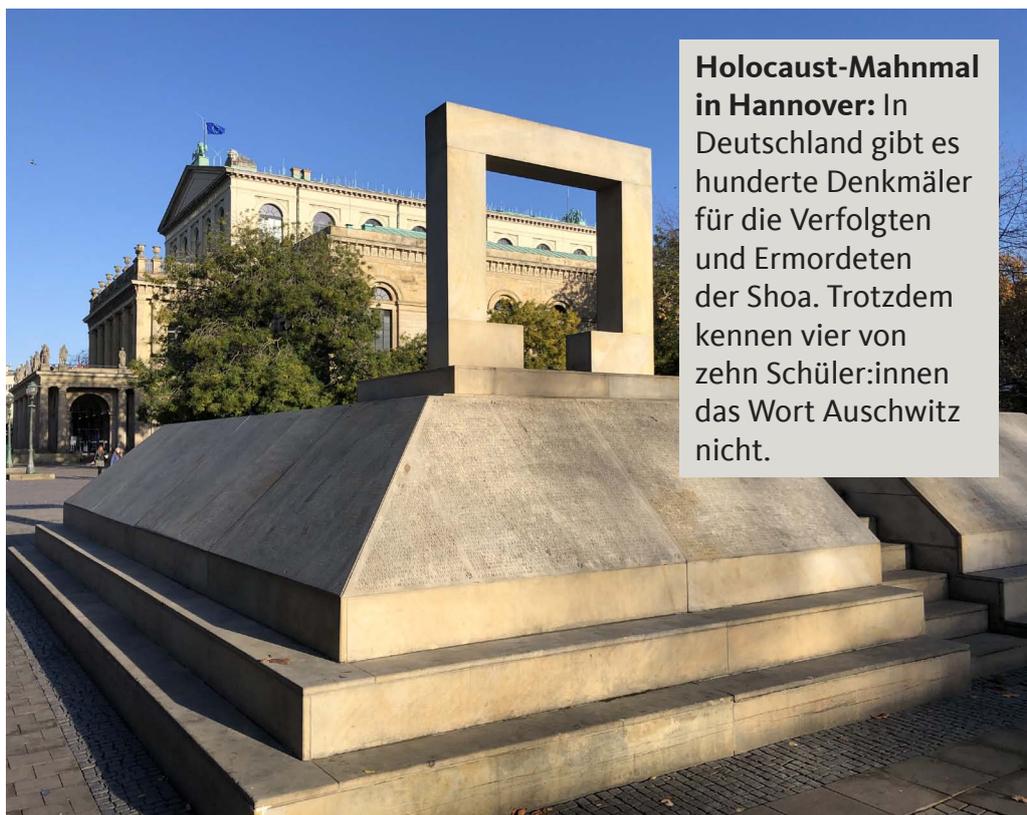
repräsentativen Studie „MEMO - Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ waren es gerade einmal 2,9 Prozent, die den Begriff „Befreiung“ als unangemessene Beschreibung für das Ende des Zweiten Weltkrieges erachteten und lediglich 5,5 Prozent, die „Neuanfang“ als Alternative ablehnten. Beide Begriffe tragen eine hochgradig problematische Konnotation. Denn der Begriff „Befreiung“ mag zwar für die Verfolgten des Regimes zutreffend sein, aber nicht für fanatisierte Täter:innen oder diejenigen, die dieses Regime bis zu seiner Niederlage getragen haben. Der Begriff „Neuanfang“ vermittelt ein ähnliches Verständnis wie auch die viel beschworene „Stunde Null“. „Neuanfang“, als könnte die Uhr zurückgestellt werden und die Ermordeten würden sich aus ihren Gräbern erheben. Salzborn verweist diesbezüglich auf die blinden Flecke in der Auseinandersetzung mit Zustimmung und Teilhabe am NS-Regime im eigenen familiären Kontext. Das verdeutlicht auch die Studie. So gaben 67,9 Prozent der Befragten an, dass keine Täter:innen unter den Vorfahren seien und ganze 32,2 Prozent behaupten sogar, dass ihre Vorfahren potentiellen Opfern geholfen hätten. Die tatsächliche Zahl an Helfer:innen bewegt sich im Promillebereich.

Statt dieser Mythen und der Verdrängung benötigt es Reflexion und Verantwortungsüber-

nahme. Auch das hatte Adorno bereits formuliert. Es wäre wichtig, „das Geschehen zur Sache der eigenen Verantwortung zu machen“, „sich selbst moralisch einzubeziehen“, „sich selbst als schuldig (...) [zu erfahren], auch an dem, woran (...) [man] im handgreiflichen Sinne nicht schuldig ist.“ Das bedeutet nicht, hier eine persönliche Schuld zu formulieren, sondern die Verantwortung zu erkennen. Die Verantwortung liegt eben darin mitzuwirken, dass diese Gesellschaft zu einer wird, in der man „ohne Angst verschieden sein kann“. Dazu gehört es auch, zu überlegen, welche Formen die Erinnerungsarbeit annehmen muss, um den beschriebenen Problemen zu begegnen. Welche Möglichkeiten gibt es oder müssen geschaffen werden, sodass insbesondere jüngere Menschen, an der Erinnerung und Verantwortungsübernahme aktiv beteiligt sind?

In Deutschland gibt es hunderte Denkmäler für die Verfolgten und Ermordeten der Shoa. Auch die über 75.000 Stolpersteine sind deutschland- und sogar europaweit zu sehen. Die Zeit des Nationalsozialismus gehört bundesweit zum Schulunterricht dazu. Trotzdem kennen vier von zehn Schüler:innen das Wort Auschwitz nicht, laut einer bundesweiten Befragung der Hamburger Körber-Stiftung 2017. Die traditionellen Bildungswege scheinen für dieses tief emotionale und komplexe Thema nicht ausreichend zu sein.

Es bedarf daher an Innovationsprozessen. Diese müssen mit einer Bedürfnisabfrage und nachfolgenden Analyse beginnen. Hierbei sollten allerdings nicht wie sonst Politiker:innen und Expert:innen befragt werden,



Holocaust-Mahnmal in Hannover: In Deutschland gibt es hunderte Denkmäler für die Verfolgten und Ermordeten der Shoa. Trotzdem kennen vier von zehn Schüler:innen das Wort Auschwitz nicht.

Um Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft zu erreichen, muss die Shoa verstanden werden und dies innerhalb des eigenen Lebens Platz finden.

sondern insbesondere diejenigen um die es langfristig geht: Kinder und Jugendliche. Ein zentrales Problem des bevorstehenden Verblässens der Erinnerung, besteht darin, dass über die Bedürfnisse der jungen Menschen entschieden wird, ohne diese aktiv und massenhaft als mündige Wesen in den Mittelpunkt zu stellen und ihnen somit die Möglichkeit der Bedürfnisäußerung und Mitsprache zu geben. So wurden meist nicht einmal die zahlreichen Kinder- und Jugendparlamente zu Rat gezogen bei Entscheidungen zu Holocaust-Gedenken. Gleiches gilt für viele Kinder- und Jugendverbände. Einerseits werden verschiedenste Jugendbildungsprogramme ins Leben gerufen. Andererseits werden junge Menschen nicht ernst genommen bei der Entscheidungsfindung.

Neben den zu erwartenden Ergebnissen der Bedarfsabfrage wird eine Anknüpfung an die Lebensrealitäten der Kinder- und Jugendlichen notwendig sein.

85 Prozent der 12- bis 17-jährigen nutzen nahezu drei Stunden täglich soziale Medien wie Instagram, laut einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) und der Krankenkasse DAK aus dem Jahr 2018. Nun ist an dieser Stelle die oft eilende Bewertung irrelevant, denn dies ist der reale Zustand mit dem umzugehen ist. Daher ermöglicht eine überlegte Einbindung von neuen Medien wie Whatsapp, Instagram und TikTok in die Erinnerungskultur eine realitätsnahe Opportunität. Dabei kann widerwärtigen Trends wie dem sich als Holocaust-Opfer zu verkleiden in vermeintlich lustigen Videos auf TikTok, entgegen getreten werden. Auch darf der Einfluss sogenannter Influencer, „Social-Media-Prominente“, nicht unterschätzt werden. Sie erhalten von 41 Prozent der 14- bis 17-jährigen „große Glaubwürdigkeit“ laut einer Studie der von der EU co-finanzierten Influencer-Marketing-Plattform Influry. Zuletzt werden auch Technologien wie Virtuelle Realität (VR), Maschinelles Lernen (ML) oder auch Künstliche Intelligenz (KI), eine Rolle spielen, denn sie ermöglichen eine interaktive Erfahrung. Die Veränderung der Medienlandschaft stellt eine Hürde, aber auch eine Chance dar, die junge Generation innerhalb ihrer Lebensrealitäten zu erreichen und somit gegen das Vergessen der Shoa zu kämpfen.

Um Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft zu erreichen, muss die Shoa verstanden werden und dies innerhalb des eigenen Lebens Platz finden. Die beschriebene Vorgehensweise gilt nicht nur für die junge Generation. Sie kann auf jede

Gesellschaftsgruppe angewandt werden. Es gilt: die verschiedenen Bedürfnisse, Lebensrealitäten zu erfragen und passende innovative Lösungen zu finden. Die individuelle und kollektive Anteilnahme wird stattfinden, wenn das Vermitteln der Fakten mit einem Verständnis und Willen für die gesellschaftlichen Aufgaben von heute verbunden wird.

KESHET
DEUTSCHLAND



Dalia Grinfeld (Foto oben) und Monty Ott (Foto unten) gehören dem Vorstand von Keshet Deutschland an.

Keshet Deutschland e.V. ist ein Verein zur Förderung der Interessen von Personen mit LGBTQI*-Identität innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.

Das hebräische Wort „Keshet“ bedeutet „Regenbogen“.



Pride heißt Stolz

LSBTI-Erinnerungskultur und ihre Wirkung

Die Art, wie wir in der Bundesrepublik mit unserer (jüngeren) Geschichte umgehen und für die wir den Begriff „Erinnerungskultur“ geprägt haben, sucht auf der Welt ihresgleichen. Wir werden darum benedtet und sie ist einer der Gründe dafür, warum wir nach den Schrecken des Nationalsozialismus wieder zu einem derart anerkannten Mitglied der Weltgemeinschaft werden konnten. Und es ist ja richtig, um Gegenwart und Zukunft wirklich gestalten zu können, muss man seine Vergangenheit kennen und die daraus folgende Verantwortung annehmen. Das gilt für mich als Deutscher ebenso wie für mich als schwuler Mann in Deutschland – Erbe von Tätern und Opfern zugleich.

Neben dieser notwendigen Erinnerung also, besteht aber auch eine zweifache Gefahr. Die eine besteht darin, dass eine derart ritualisierte Erinnerung immer droht, im bloßen Ritual zu erstarren – inhaltsleere Pflichtübung sozusagen. Diese Gefahr wird größer, je geringer die Zahl der Zeitzeugen wird, die noch aus eigenem Erleben berichten können und uns mit ihren ganz persönlichen Schicksalen nahekommen. Dass die alleinige oder auch nur überbetonte Vergangenheitsperspektive den Blick auf die heutigen Menschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt worden wären, verengen, ja verstellen kann, ist die zweite Gefahr. In diese Fal-

le sollten auch wir als LSBTI, deren Vorgängerinnen und Vorgänger Opfer wurden, nicht tappen.

Wir sollten uns erinnern, aber wir leben heute in einer gänzlich anderen Zeit. Sich von anderen immer nur als Opfer wahrnehmen zu lassen, oder – schlimmer



Ein Kommentar von
Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender der
LSU in Niedersachsen

noch – sich selbst nur so wahrzunehmen, macht nicht nur unfrei, sondern auch krank. Das soll nicht heißen, dass wir immernoch bestehende Diskriminierungen und Anfeindungen bis hin zur Gewaltanwendung nicht benennen und ins Licht der Öffentlichkeit holen sollten; deswegen sind wir ja politisch aktiv. Wir sollten uns aber auch nicht selbst klein machen.

Die kürzlich vorgelegte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Situation von LSBTI am Arbeitsplatz,

zeigt, dass es zum Schutz vor Diskriminierung in diesem Kontext immer noch einiges zu tun gehabt. Völlig in den Hintergrund traten bei dieser Fokussierung auf die negativen Aspekte aber andere Zahlen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung haben LSBTI

im Schnitt den höheren Bildungsabschluss (60 zu 42 Prozent bei der Hochschulreife), sie haben häufiger einen akademischen Abschluss und sind öfter selbstständig. Und auch ohne die vermeintlich so erstrebenswerten akademischen Weihen: Wie viele LSBTI führen ein glückliches und erfülltes Leben? Sind dies nicht alles Erfolgsgeschichten, die sich zu erzählen lohnt? Warum richten wir unser Augenmerk nicht öfter auch darauf? Könnte das für Menschen, die am Anfang oder mitten in ihrer Coming-Out-Phase stecken nicht motivierender sein? Sollten wir die Menschen auch hier nicht

eher „aus ihrem Kollektivstatus in die Individualität entlassen“, wie die Schriftstellerin Monika Maron in anderem Zusammenhang einmal so treffend formulierte?

Alljährlich feiern wir uns und die Vielfalt, für die wir stehen, auf den Christopher Street Days dieser Republik – inzwischen bis in kleinste Orte hinein. Seit einiger Zeit hat sich hierfür der Begriff „Pride“ etabliert. Pride jedoch heißt übersetzt Stolz. Seien wir also doch auch mal stolz; auf uns, auf unser Leben und auf das, was wir erreicht haben. 🌈

Glaube und Homosexualität:

Ein Islamist attackierte ein schwules Paar in Dresden

Am 4. Oktober wurde in Dresden ein Paar auf offener Straße mit einem Küchenmesser attackiert. Ein Mann starb, sein Partner überlebte schwer verletzt. Er überlebte, aber er verlor den Mann, den er liebte, für immer.

Die Spur der Ermittler führte zu Abdullah al-H. H. – einem 20-jährigen Mann aus Syrien, der seit 2015 in Deutschland lebt und erst im September aus der Haft

entlassen worden war. Dort saß er, weil er einen Terroranschlag vorbereitet haben soll. Das Motiv liegt also auf der Hand: Die beiden Männer sind Opfer eines islamistischen Terroranschlags geworden.

Aber war es das schon? Wären sie verschont geblieben, wenn sie sich nicht kurz vor der Tat umarmt hätten und dem Attentäter so erkenntlich wurde, dass es sich um ein homosexuelles Paar han-

delte? LSBTI-Organisationen fordern von den Behörden, das Tatmotiv genau zu untersuchen.

Umgekehrt ließe sich fragen: Hätte es an diesem Tag in Dresden kein Attentat gegeben, wäre da nicht zufällig ein schwules Paar vorbeigekommen?

Fest steht: Der islamistische Terror greift uns alle an. Unsere Art zu leben und zu lieben. Unsere freie und offene Gesellschaft, die wir verteidigen werden. 🌐

Papst Franziskus spricht sich für die staatliche Homo-Ehe aus

Papst Franziskus hat in dem neuen Dokumentar-Film „Francesco“ viel Positives über gleichgeschlechtlich Liebende gesagt. „Homosexuelle haben das Recht, in einer Familie zu leben“, sagte das Oberhaupt der Katholischen Kirche. Sie seien Kinder Gottes und: „Was wir benötigen, ist ein Gesetz, das eine zivile Partnerschaft ermöglicht.“

Der Heilige Vater spricht sich also für die staatliche Ehe zwi-

schen zwei Männern oder zwei Frauen aus. Nicht jeden überraschte das, stehen diese Sätze doch in einer Linie mit früheren Aussagen etwa zum Umgang mit Wiederverheirateten oder auch diesem Satz aus 2013: „Wenn jemand homosexuell ist und Gott sucht und guten Willens ist, wer bin ich, über ihn zu richten?“

„Die Aussagen von Papst Franziskus sind ein großer Schritt in die richtige Richtung“, erklärt

Matthias Eitenbenz, stellvertretender LSU-Landesvorsitzender. „Wer deshalb allerdings eine zügige, unmittelbare Änderung der Lehre der katholischen Kirche erwartet, wird enttäuscht werden“, so der Katholik.

Bemerkenswert ist allerdings, dass Franziskus vom bisherigen Kurs des Vatikans abweicht, der katholische Politiker dazu aufgefordert hatte, die staatliche Homo-Ehe zu verhindern. 🌐

Landeskirche Hannovers bekommt einen Seelsorger für Queers

Die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers wird ab dem nächsten Jahr einen Beauftragten für queere Seelsorge haben. Pastor Axel Kawalla aus Hannover wird ab dem 1. Januar diese neue Aufgabe übernehmen.

Doch so ganz neu ist die halbe Stelle dafür nicht, sie wurde nicht neu eingerichtet, sondern thematisch neu ausgerichtet. Seit 2014 ist Pastor Kawalla Beauftragter

für AIDS- und HIV-Seelsorge beim landeskirchlichen Zentrum für Seelsorge und Beratung in Hannover-Kleefeld: „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt bereichert unsere Kirche und ich freue mich darauf, queere Menschen einzuladen und auf sie zuzugehen.“

Um die alten Verletzungen, die auch die hannoversche Landeskirche homosexuellen Menschen in der Vergangenheit zufügte und die in Berufsverboten gipfelten,

redet Kawalla nicht herum: Er sieht es auch als seine Aufgabe an, sich für diese Verletzungen, öffentlich zu entschuldigen.

LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt begrüßt diesen Schritt der Landeskirche. „Ob aber das diskutierte ‚gay friendly‘-Siegel an Kirchentüren nötig sein wird, um die Offenheit und Vielfalt unserer Landeskirche auszudrücken, wage ich zu bezweifeln“, sagt der Protestant. 🌐

Streit um den Rechtsstaat geht weiter

Polen und Ungarn blockieren den EU-Haushalt

Es ist gleich ein doppeltes Wettrennen gegen die Zeit: Bis zum Ende des Jahres muss die EU einen Kompromiss beim Rechtsstaatsmechanismus gefunden haben – sonst wird es eng. Denn zum einen soll der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU zum 1. Januar 2021 gelten, und der Mechanismus soll ein Teil des Gesamtpakets sein. Zum anderen endet zum selben Zeitpunkt die deutsche Ratspräsidentschaft. Es besteht daher die Sorge, dass dieses Thema im Anschluss nicht mehr so gut ausgehandelt werden kann.

Doch die EU befindet sich in einer verzwickten Lage, es hat sich eine doppelte Blockade gebildet. Die eine Seite möchte das Paket aus MFR (Ausgabenplan) und Eigenmittelbeschluss (Einnahmenplan) nur beschließen, wenn der strenge Rechtsstaatsmechanismus auch beschlossen wird. Die andere Seite, bestehend aus Polen und Ungarn, wollen den Eigenmittelbeschluss nur mittragen, wenn die Rechtsstaatskriterien nicht erhöht, sondern abgesenkt werden.

Ein Webfehler in den EU-Verträgen

Eigentlich offenbart sich gerade ein Webfehler in den EU-Verträgen. Die EU hat zwar ein ziemlich detailliertes, stufenweises Verfahren, das die Standards für einen EU-Mitgliedskandidaten regelt. Wenn ein Staat Teil der EU-Familie werden will, muss es eine ganze Menge Kriterien erfüllen. Doch was ist, wenn ein Mit-



gliedstaat unter dieses Niveau absinkt? Dafür gibt es nur eine Option: ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags, mit dem die Suspendierung eines Mitgliedstaates angestrengt werden kann.

Bis es zur nächsten Vertragsreform kommt, dauert es noch eine Weile. Daher haben sich Kommission und Parlament das Instrument des Rechtsstaatsmechanismus ausgedacht: Wer substanziell gegen die Grundwerte der EU verstößt, der bekommt weniger oder gar kein Geld mehr aus dem EU-Etat. Das Gros des Parlaments, auch die EVP-Fraktion, wünscht sich dabei eine härtere Gangart als die deutsche Ratspräsidentschaft sie zuerst vorgeschlagen hat. Doch im Parlament kommt es nun zur besagten Blockade. Die schwierige Verhandlungslage aufgrund der Corona-Pandemie macht eine Kompromissfindung zusätzlich schwierig, die kommenden Wochen werden entscheidend sein.

Ein Problem an der Thematik ist der Umstand, dass Diskussionen über den Stand der Rechts-

staatlichkeit häufig politisiert ablaufen und vor allem parteipolitisch aufgeladen werden. Eher linke Politiker kritisieren die konservativen Regierungen in Polen und Ungarn, eher konservative Politiker schauen derweil besonders gründlich auf Rumänien oder Malta.

Entpolitisierte Debatte über Rechtsstaatlichkeit

Ein gutes Zeichen ist der erste Bericht zur Lage der Rechtsstaatlichkeit, den der EU-Justizkommissar Didier Reynders (Belgien, liberale Partei) Ende September vorgelegt hat. Der niedersächsische Landtag hat kürzlich per Entschließungsantrag vorgeschlagen, dass die Überwachung der EU-Grundwerte auch von einem neu geschaffenen Expertengremium übernommen werden könnte. Beide Vorgehen eröffnen die Möglichkeit, die Güte der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten sachlich und an klaren Kriterien orientiert zu bewerten. So blieben das Thema im Blick, ohne zu eskalieren. 

Selbstbestimmung ja, aber nicht so

Till Amelung bewertet die Diskussion zum Transsexuellen-Gesetz

Geschlechtliche Selbstbestimmung ist ein Grundrecht – darauf konnten sich in der öffentlichen Anhörung zum Selbstbestimmungsgesetz am 2. November alle anwesenden Abgeordneten der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien sowie die von ihnen bestimmten Sachverständigen einigen. Der von den Grünen eingebrachte Gesetzentwurf soll die Änderung des Namens- und Personenstands regeln sowie ein Verbot von operativen Eingriffen an nichteinwilligungsfähigen intersexuellen Kindern und die Absicherung medizinischer Maßnahmen zur Geschlechtsangleichung bei Transsexuellen beinhalten.

Die Redebeiträge inklusive der beiden Fragerunden zum Gesetzesentwurf zeigten aber auch, dass noch zu klären ist, wie diese Feststellung der geschlechtlichen Selbstbestimmung rechtlich umgesetzt werden kann. Der Jurist Florian Becker wies in seiner Stellungnahme darauf hin, dass sehr wohl ein staatliches Interesse gebe, verbindliche und langfristig angelegte Definitionen von Personenstandsfragen vorzunehmen und Wechsel auf eine möglichst vorhandene Dauerhaftigkeit hin prüfen, bevor diesen stattgegeben wird. Daher sei der Staat dazu verpflichtet, so ein Prüfverfahren zu installieren.

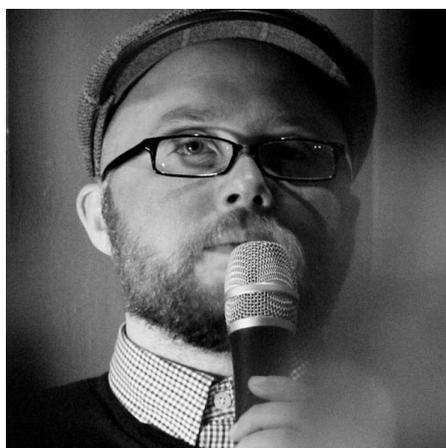
Dem widersprachen insbesondere seine Fachkolleginnen Ulrike Lembke und Anna Katharina

Mangold, die eine Begutachtung oder Ähnliches als nicht vereinbar mit den Menschenrechten einordneten. Sie hielten eine Erfassung des Geschlechts im Personenstandsregister auch für gänzlich verzichtbar. Mangold gab noch das Ziel aus, Geschlecht als Kategorie gesellschaftlich

derheit immer zu Rangeleien um Ressourcen käme, die eigentlich nicht nötig seien, und erklärte viele Kritikerinnen auf diese Weise zu irrational Getriebenen und schob sie zudem mit einer weiteren beiläufigen Bemerkung in die politische Richtung einer Beatrix von Storch.

Doch wer seit mindestens fünf Jahren vor allem online Auseinandersetzungen zu Geschlecht im Allgemeinen und Trans im Besonderen verfolgt, kommt nicht umhin festzustellen, dass etwas gewaltig schief läuft. Wer Biologie nicht für gänzlich irrelevant hält und dementsprechend in eine Geschlechtsdefinition mit einbezieht, wird sehr schnell und oftmals aggressiv belehrt, dass dies „biologisch“ und damit transfeindlich sei.

Gerade in feministischen Kontexten gibt es schon länger Streit um klassische Themen für Frauen, da diese Transpersonen gar nicht miteinschließen würden. Vom Ringen um Formulierungen, die am liebsten geschlechtsneutral klingen sollen, über Zeterei wegen fehlender Inklusivität, wenn nur die Vagina als Dekomotiv verwendet oder das Workshopthema auf weibliche Anatomie zugeschnitten wird, bis hin zu wüsten Beleidigungen, die teilweise mit Gewaltphantasien gespickt sind, ist bereits alles vorgekommen. Ein frühes und prominenteres Beispiel ist das Stück „Vagina Monologues“ von Eve Ensler, in



Ein Kommentar von
Till Randolph Amelung, dem Herausgeber
von „Irrwege. Analysen aktueller
queerer Politik“, Querverlag

überwinden zu wollen. Auf den zu diesem Thema grundsätzlich öfter vorgebrachten Einwand, dass damit die Rechtssicherheit für Frauenfördermaßnahmen gefährdet sei, erwiderten beide Juristinnen, dass solche Maßnahmen nicht an einen amtlich erfassten Geschlechtseintrag gebunden seien.

Gerade Frauenorganisationen hatten im Vorfeld Bedenken wie diese geäußert. In diese Richtung erwiderte Lembke lapidar, dass es bei neuen Rechten für eine Min-

dem es mehrere Geschichten von Frauen geht, die sich um Lust, Erotik, aber auch erlebte Gewalt drehen können. Das Skript enthält auch Geschichten aus Transperspektive. Trotzdem haben 2015 Studierende einer US-amerikanischen Universität beschlossen, ihr Stück nicht mehr aufzuführen, weil dieses zu beschränkte Bilder von Frausein vermitteln und dadurch Transpersonen ausschließen würde.

Gerade aber das wüste Beleidigen in Verbindung mit teils ekelhaften Gewaltphantasien wird in sozialen Netzwerken wie Twitter besonders hemmungslos praktiziert. Immer mehr Frauen, die sowas beobachtet oder gar selbst erlebt haben, grenzen sich von Trans nunmehr selbst mit Vehemenz ab. Diese Frauen sind mitnichten zwingend aus dem rechtsextremen oder religiös-fundamentalistischen Spektrum, die meisten verorten sich grundsätzlich mehr oder weniger links.

In Großbritannien haben diese Frauen mit der weltbekannten (Harry Potter-)Autorin J.K. Rowling eine prominente Multiplikatorin für sich gewonnen. Diese provoziert seit einem knappen Jahr immer wieder Shitstorms, für die sie weltweit von Transaktivist_innen kritisiert wird. Viele Frauen, die sich selbst genderkritisch nennen und von Transaktivist_innen als „TERF“ (Trans Exclusionary Radical Feminists) beschimpft werden, bekunden nun ihre Solidarität mit der Autorin, in dem sie „I love JK Rowling“ in ihre Profile schreiben oder auf alle denkbaren Artikel drucken lassen.

Einige von ihnen mieten auch Werbeflächen, um diesen Slogan anbringen zu lassen. Am 20. Oktober wurde so ein Plakat zum

ersten Mal auf einem Bahnsteig des Frankfurter Hauptbahnhofs gesichtet, was einige Tage später nach Beschwerden (darunter auch eine des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Brunner) wieder entfernt wurde. Doch danach sind am 1. November Bilder aus mehreren deutschen Städten aufgetaucht, wo so ein Plakat am Bahnhof platziert werden konnte.

Gerade Frauenorganisationen hatten im Vorfeld Bedenken geäußert.

Till Randolph Amelung

Wer glaubt, diese erbosten Frauen zum Schweigen bringen zu können, indem er Plakate entfernen lässt oder sie als rechtsextrem beschmieren will, irrt sich.

Die Juristin Mangold hat dann doch noch etwas gesagt, dem ich beipflichten kann: So erwiderte sie auf Missbrauchsbedenken, dass sie sich nur schwer vorstellen könne, einer ihrer männlichen Kollegen beschließe plötzlich, sich einfach als Frau zu definieren, um von Frauenförderung profitieren zu können. Es sei auch davon abhän-

gig, dass dies sozial plausibel gemacht wird.

Genau da liegt jedoch der Hase im Pfeffer. In den von mir erwähnten unsäglich geführten Auseinandersetzungen, wird eine solche Plausibilität mit allen Mitteln als transfeindlich abgeschmettert. In Frau Mangolds eher konservativ-biederem Juristenmilieu mag eine substanzlose Selbstdefinition tatsächlich nur schwer vorstellbar erscheinen, aber die besagten Frauen aus den eher linksfeministischen Kreisen haben durch solche erbitterten Auseinandersetzungen das Vertrauen verloren, sich souverän gegen missbräuchlich agierende Personen wehren zu dürfen.

Solcherlei Arroganz, wie sie die beiden Juristinnen zur Schau stellten, trifft man insbesondere im gendertheoretisch und transaktivistisch geschulten Lager öfter an. So wird zum einen übersehen, dass sich Biologie in anderen Teilen der Gesellschaft nicht so ohne weiteres aus den Definitionen tilgen lässt und solch ein Ansinnen auch eher auf Abwehr stößt. Zum anderen schadet es auch transsexuellen Individuen, wenn wir uns gar nicht mehr auf Plausibilitätsmerkmale von Geschlecht verständigen können. Denn Definitionen sowie deren Anerkennung können im sozialen Miteinander nicht nur von einer Seite bestimmt werden.

Und sie sollten auch Eve Enslers Feststellung von 2015 nicht ignorieren: „Ich denke, wir müssen einen Raum für die über 3 Milliarden Frauen schaffen, die Vagina haben, um über unsere Vagina zu sprechen – die Unterdrückung, das Leiden und die Geheimnisse und Freuden, die sie haben - ohne dass dies als Dominanz und Transphobie angesehen wird.“ 

Bundesvorstand tagt nun auch digital

Mitgliederversammlung soll aber nicht digital stattfinden

Am vergangenen Wochenende tagte der LSU-Bundesvorstand erstmals per Videokonferenz. Eigentlich hätte eine Präsenzsitzung in Frankfurt stattfinden sollen. Doch aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens ist der Vorstand davon abgerückt. Auf Initiative des niedersächsischen Bundesvorstandsmitglieds **Matthias Eitenbenz** nutzt der LSU-Bundesverband nun auch Webex, wie es der Landesverband bereits seit April tut.

Ein **Ergebnis der Vorstandssitzung:** Die verschobene Bundesmitgliederver-

sammlung (BMV) soll nicht digital stattfinden. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus dem LSU-Bundesvorsitzenden, dem Bundesgeschäftsführer sowie Niedersachsens LSU-Landeschef **Sven Alexander van der Wardt** und seinem Vize **Matthias Eitenbenz** hat die rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen erörtert und kam zu dem Ergebnis, dass eine digitale Wahl-BMV kaum möglich ist.



Neues Team in Osnabrück

Kurz vorm Teil-Lockdown hat sich in Osnabrück noch ein neuer LSU-Stammtisch gegründet. Ein neues Team bestehend aus dem LSU-Landesvorstandsmitglied **Sönke Siegmann** (Osnabrück-Land, links im Bild) und dem LSU-Neumitglied **Florian Greller** (Osnabrück-Stand, rechts

im Bild) wird sich künftig um die Organisation regelmäßiger Treffen kümmern.

Vorerst wird es allerdings keine realen Treffen geben. Schon vor dem Teil-Lockdown, der zunächst für November verhängt wurde, hat die Niedersachsen-LSU für sich entschieden, zunächst keine Präsenz-Veranstaltungen mehr durchzuführen. Stammtische und Vorstandssitzungen finden digital statt.

Digital-Termine

- 19. November Stammtisch digital**
Thema: Wer wird CDU-Chef?
 - 03. Dezember Stammtisch digital**
Thema: Vorstellung QNN e.V.
 - 17. Dezember Stammtisch digital**
Thema: Weihnachtsfeier
- Jeweils ab 19 Uhr via Webex*



Für die Teilnahme am digitalen **LSU-Stammtisch** einfach diesen QR-Code scannen oder vorbeischaun auf: lsuinniedersachsen.my.webex.com/meet/unioncorner